

Zeitschrift: Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 87 (2014)

Heft: 2: Jahresrapport Logistikbasis der Armee

Rubrik: Die Redaktion

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Aufgaben der Medien in der liberalen Demokratie

13.09.2013

Rede von Bundespräsident Ueli Maurer
anlässlich des Schweizer Medienkongresses
vom 13. September 2013 in Interlaken

Es gilt das gesprochene Wort!

Wenn irgendwo der Wurm drin ist, dann reicht es nicht, wenn man sich mit dem Wurm beschäftigt. Besser schaut man sich dann das Ganze an; den ganzen Apfel beispielsweise, ob er vielleicht faul ist; oder den ganzen Baum, ob seine Wurzeln noch in Ordnung sind.

Aus diesem Grund hole ich heute etwas weiter aus. Denn ich bin der Meinung, in unserer Medienlandschaft, da ist der Wurm drin ...

Fotostrecke

Von Seite 7 bis 17 und auf der Umschlag Seite 3 werden die Tätigkeiten der LBA auf dem Wpl Thun illustriert.

Reden von Bundesrat Ueli Maurer

Ab Seite 13 finden Sie einige Gedanken des Departementschefs VBS zu aktuellen Themen aus seiner Amtszeit als Bundespräsident.

Ausgabe April 2014

Die Ausgabe 4/2014 wird voraussichtlich mit etwas Verspätung eintreffen. Wegen der Osterfeiertage dürfte es in der Produktion circa eine Woche Verzögerung geben. Wir bitten unsere Leser um Kenntnisnahme und danken für das Verständnis. cs

Auf der Suche nach Garantien für die Freiheit

Ich beginne in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das ist die Entstehungszeit unserer freiheitliche Ordnung. In den Kantonen entstehen nach der Restaurationszeit neue, liberale Kantonsverfassungen. Und schliesslich erhält auch der Bund 1848 eine Verfassung, die zum Ziel hat, den Bürgern möglichst viel Freiheit zu garantieren.

Die 1820er- und 1830er-Jahre sind staatspolitisch sehr fruchtbar. Sie sind geprägt von engagierten Diskussionen: Wie garantieren wir den Bürgern auf lange Dauer Freiheit? Wie stellen wir sicher, dass nicht mit der Zeit die Obrigkeit und der Staat doch wieder zu mächtig werden? Wie verhindern wir, dass früher oder später nicht wieder eine kleine Elite über die grosse Mehrheit bestimmt?

Damals entstehen viele der Ideen, die für uns heute selbstverständlich sind: Die verfassungsmässigen Freiheitsrechte der Bürger zum Beispiel. Oder ein neues Strafrecht, das Strafen ohne gesetzliche Grundlage verbietet. Oder die Anfänge der Transparenz in der Verwaltung, Justiz und Staatsführung. Bei all diesen Errungenschaften geht es darum, die Freiheit so abzusichern, dass sie nie wieder verloren gehen kann.

Alle diese staatsrechtlichen Garantien für die Freiheit sind wichtig. Aber sie reichen nicht aus. Den Gründern der liberalen Schweiz ist damals klar: Freiheit ist auf Dauer nur möglich, wenn es eine politisch aufmerksame und kritische Öffentlichkeit gibt.

Und somit bekommen die Zeitungen und Zeitschriften ihre entscheidende Rolle für Freiheit und Demokratie. Zuvor waren sie seit der Erfindung des Buchdruckes mehr oder weniger strikter Zensur unterworfen gewesen. Jetzt sollten sie ein ganz wesentliches Element im neuen liberalen Staat sein. Die Presse erhält

gewissermassen das Schutzmandat für die Freiheit.

Die drei staatspolitischen Aufgaben der Medien

Einer der damals grossen Namen des Schweizer Liberalismus, Ludwig Snell, veröffentlicht 1830 einen Aufsatz mit dem Titel «Über die prohibitive Wirksamkeit der Presse». Darin fasst er ihre staatspolitische Funktion in drei Punkten zusammen: Erstens sei sie bildend, zweitens sei sie prohibitiv und drittens sei sie konstitutiv. Er erklärt dann, was er unter den Schlagworten versteht. Auch wenn wir heute andere Begriffe wählen würden, ist seine Analyse zeitlos:

Mit bildend meint er, dass in der Presse neue Ideen aufgenommen, diskutiert und verbreitet werden. Wir können auch sagen, sie ist das Schaufenster, in dem sich alle möglichen Ideen präsentieren können. Oder vielleicht noch besser der Marktplatz der Ideen, auf dem sich die besten durchsetzen. Für eine Demokratie ist es ganz entscheidend, dass der freie Wettbewerb der Ideen, Meinungen und Vorschläge spielen kann.

Mit prohibitiv meint er, dass die Presse Missstände aufdeckt und bekämpft. Heute würden wir von Recherchierjournalismus oder von investigativem Journalismus sprechen. Der wesentliche Antrieb ist hier ein gesundes Misstrauen gegenüber der Macht. Den Liberalen von damals war klar, dass der Staat immer eine potentielle Bedrohung für die Freiheit ist. Sie hatten das ja im Ancien Régime noch selbst erlebt. Es ist also eine ganz wichtige Aufgabe der Presse, dass sie den Staat permanent durchleuchtet und Fehler anprangert.

Snell schreibt weiter, dass die Presse konstitutiv sei. Damit meint er, dass die Medien die Verbindung zwischen Bürger und Staat herstellen, in dem sie die Sorgen und die Bedürf-



nisse der Bevölkerung zum Thema machen. Somit sind Verwaltung und Politik auf dem Laufenden, was das Volk beschäftigt.

Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Der liberale Staat und die freie Presse gehören zusammen. Auf ihnen beruht die Ordnung, welche der Schweiz so viel Lebensqualität und Wohlstand gebracht hat.

Aber gerade weil es so lange so gut gegangen ist, wurde etwas übersehen. Und erst heute fällt uns auf, dass die liberalen Denker damals möglicherweise ein Risiko unterschätzt haben.

Denn eine Frage blieb offen – es ist die Frage: Wer kontrolliert die Kontrolleure? Oder anders gefragt: Was geschieht, wenn die Medien ihre Rolle nicht mehr richtig wahrnehmen? Vielleicht weil sie einfach nachlässig arbeiten. Vielleicht aber auch, weil sie selbst Politik machen wollen.

Genau diese Frage ist heute aktuell. Gehen wir nochmal rasch Snells Punkte durch:

Erstens: Medien sollen der Marktplatz für Meinungen und Ideen sein. Aber anstatt verschiedene Meinungen zu vertreten, schreiben Sie alle mehr oder weniger dasselbe in verschiedenen Schattierungen. Ich kann diese oder jene Zeitung lesen, das spielt gar keine Rolle, der Meinungstenor ist überall gleich. Manchmal habe ich das Gefühl, dass die Medien plötzlich selbst die Rolle des Zensors einnehmen!

Zweitens: Medien müssen Missstände aufdecken. Dazu gehört auch, dass Sie die Staats-tätigkeit hinterfragen. Leider ist das viel zu selten der Fall. Vielleicht auch, weil man eine zu grosse Nähe zu den Verantwortlichen spürt, persönlich oder politisch. Aber eigentlich müssten Sie überall so kritisch sein wie bei der Armee ...

Drittens: Die Medien wirken kaum mehr konstitutiv, wie sich damals die liberalen Staatsgründer ausgedrückt hatten. Sie nehmen nicht

die Themen des Volkes auf; die Medien nehmen die Themen der Medien auf. Verwaltung und Politik wird nicht mitgeteilt, was das Volk denkt und will, sondern was die Medien denken und wollen...

Das Fazit: Die Medien leisten heute nicht mehr, was für einen funktionierenden freiheitlichen und demokratischen Staat nötig wäre. Und damit wird es wirklich ernst: Denn so bröckelt der zentrale Pfeiler unserer Ordnung.

Das Meinungskartell und seine Thesen

Sie unterscheiden sich inhaltlich kaum in ihren Produkten. Vielfalt fehlt. Es herrscht weitgehend ein mediales Meinungskartell. Einerseits durch eine wirtschaftliche Konzentration, andererseits aber auch durch eine thematische und eine ideologische. Es gibt in der Schweizer Medienlandschaft so etwas wie eine selbstverfügte Gleichschaltung.

Es ist ja jeweils von Titelvitalität die Rede. Diese sei wichtig und gefährdet. Darum brauche es Förderungsmassnahmen. Da widerspreche ich. Ideenvitalität wäre wichtig. Meinungsvitalität wäre wichtig. Titelvitalität ist solange reine Maskerade, als wir unter verschiedenen Titeln das Gleiche zu lesen bekommen.

Sie fühlen sich vom staatlichen Fernsehen konkurrenziert, weil dieses im online-Bereich ähnliche Informationsangebote aufschaltet wie Sie. Selbstverständlich bin ich der Erste, der auf der Seite der privaten Unternehmen ist. Aber so muss ich leider resigniert feststellen: Für die Meinungsvitalität macht es auch keinen grossen Unterschied mehr, ob uns staatliche oder staatsnahe Medien mit Einheitskost abspeisen...

Denn Sie sehen sich die selben Themen mit derselben Brille an; Sie haben Ihre Thesen, nach denen Sie die Welt beurteilen. Und diese Thesen stellen Sie kaum je in Frage. Man könnte sie auch das Glaubensbekenntnis der

Schweizer Medien nennen. Ich nenne Ihnen einige Ihrer Glaubenssätze:

- Der Klimawandel ist dem Menschen anzulasten.
- Atomenergie ist böse, Alternativenenergien sind gut.
- Einwanderung ist eine Bereicherung, auch dann noch, wenn in einem kleinen Land die Nettozuwanderung um die 80'000 Personen pro Jahr beträgt.
- Internationale Lösungen sind immer besser als nationale.
- Die Schweiz ist immer im Unrecht, die Vorwürfe an unser Land können noch so absurd und durchsichtig sein.
- Der Staat ist verantwortungsvoller als der Bürger.

Dass diese Ansichten vertreten werden, ist kein Problem. Wenn aber nur noch diese Ansichten vertreten werden, leidet die öffentliche Meinungsbildung. Sie stecken allzu enge Felder für die Diskussion ab. Über ganz wesentliche Grundsätze und Weichenstellungen für die Zukunft wird dann nicht mehr kontrovers diskutiert.

Für politisch korrekte Tabuzonen ziehen Sie rote Linien, die nicht mehr übertreten werden. Von Ihnen nicht, weil Sie die Recherchen in gewissen Bereichen unterlassen. Und auch von andern nicht, weil jeder seinen guten Ruf ruiniert, der gegen die geballte Meinung der Medien antritt. Damit hat sich ihre ursprüngliche Rolle ins Gegenteil gewendet: Anstatt gute Diskussionen zu fördern, werden gute Diskussionen verhindert.

Das Meinungskartell als wirtschaftlicher Bumerang

Letztlich werden auch Sie zum Opfer Ihrer eigenen Gleichförmigkeit. Die Presse erlebt finanziell nicht gerade rosige Zeiten. Mindestens zu einem Teil haben Sie sich das selbst zuzuschreiben.

Es geht einem Meinungskartell so, wie es andern Kartellen auch ergeht: Zuerst ist es be-





quem. Dann wird man träge, weil der Ansporn für Verbesserungen und Veränderungen fehlt. Alle ruhen auf ihren Lorbeeren aus. Das ist der Anfang der Probleme.

Es fehlt der Anreiz, anders und besser und interessanter zu sein. Darunter leidet die Qualität. Weil Sie sich nur in Nuancen unterscheiden, können Sie sich mit oberflächlicher Arbeit begnügen. Das Seichte reicht, Sie müssen gar nicht in die Tiefe gehen, weil die andern auch nur an der Oberfläche bleiben. Auf die Dauer aber führt das sicher nicht dazu, Leser anzusprechen und für ein Produkt zu begeistern.

Überhaupt habe ich manchmal den Eindruck, sie beschäftigen sich vor allem mit sich selbst und denken zu wenig an Ihre Leserschaft. Für Steuersenkungen zum Beispiel machen Sie sich leider nur dann stark, wenn Sie selbst von reduzierten Mehrwertsteuersätzen profitieren wollen – setzen Sie sich doch mal grundsätzlich für Steuererleichterungen für alle ein! Damit würden Sie eine staatspolitisch wertvolle Diskussion lancieren!

Mit der Zeit leidet auch der Berufsstand: Wo alle im selben Chor singen, fehlen die originellen Stimmen. Ich vermisse Köpfe und Denker, vor allem auch spannende Querköpfe und Querdenker im Journalismus. Das ist nicht erstaunlich, denn wer gerne ausserhalb der bekannten Denkschemen schreiben möchte, kann sich in einer eintönigen Medienlandschaft kaum entfalten.

Wahrscheinlich ist es auch dieser allzu grossen Harmonie zuzuschreiben, dass Ihnen die Angebote neuer Medien zusetzen. Einigen von Ihnen ist genau das passiert, was Sie andern gerne vorhalten: Sie haben den Anschluss an moderne Entwicklungen verpasst.

Jetzt reagieren Sie so, wie die meisten Branchen bei Gegenwind reagieren: Sie wenden sich an den Staat und verlangen Unterstützung. Unter dem Strich wird sich aber dadurch die Problematik nur noch verschärfen. Denn mit Subventionen wird niemand motiviert, innovativer zu werden und neue Wege zu wagen.

Aufruf an die Verleger: Mehr Verantwortung! Mehr Vielfalt!

Kehren wir zurück zum ursprünglichen Thema: Zur Freiheit der Bürger und wie diese auch über längere Zeit geschützt werden kann. Man hat den liberalen, demokratischen Staat auf Sie gebaut, auf die freien Medien.

In Goethes «Faust» stellt einer die Frage: «Ich möchte wissen, was die Welt im Innersten zusammenhält!» Für die Welt ist die Frage bis heute unbeantwortet. Für eine demokratische und freiheitliche Gesellschaft kennen wir aber die Antwort. Es sind vielfältige, auf alle Seiten hin kritische Medien, welche sie zusammenhalten.

Aber Sie sehen: Wir sind heute weit von der staatspolitischen Rolle entfernt, die Sie eigent-

lich wahrnehmen müssten. Wir haben faktische Einheitsmedien. Bunt aufgemacht, aber inhaltlich fahl, farblos, eintönig.

Das macht mir Sorgen: Nur vielfältige Medien machen eine Demokratie möglich. Denn ohne Sie hören wir nicht von neuen, guten Ideen und Lösungen, ohne Sie hören wir nicht von Missständen, die dringend behoben werden müssen, und ohne Sie hört die Politik nichts von den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger.

Was ist zu tun? Ich habe vorhin die Frage in den Raum gestellt: Wer kontrolliert die Kontrolleure? Was heisst das nun bezogen auf die Medien? Die Antwort ist im liberalen Staat einfach: Natürlich niemand ausser Sie selbst! Damit liegt aber auch die ganze staatspolitische Verantwortung bei Ihnen, den Verlegern. Es ist Ihre Aufgabe, mit einem gesunden Wettbewerb für wirkliche Vielfalt zu sorgen. Suchen Sie nicht weiter Staatsnähe und staatliche Presseförderung. Verzichteten Sie stattdessen auf das Meinungskartell und nehmen Sie damit Ihre wichtige staatspolitische Rolle wieder wahr!

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport



Gleichberechtigung der Menschen und Länder

24.09.2013

Rede von Bundespräsident Ueli Maurer anlässlich der 68. Vollversammlung der Vereinten Nationen New York, 24. September 2013

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender der Vollversammlung der Vereinten Nationen,
Sehr geehrter Herr Generalsekretär,
Sehr geehrte Damen und Herren Staats- und Regierungschef,
Exzellenzen,
Meine Damen und Herren,

Die Welt ändert sich, aber ob sie auch besser wird, ist offen. Es liegt an uns. Immer wieder gibt es hoffnungsvolle Schritte in eine bessere, friedlichere Zukunft. Und leider gibt es auch immer wieder enttäuschende Rückschritte.

Ich möchte an einen wichtigen Schritt vor 150 Jahren erinnern. Damals, 1863, wurde in Genf das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das IKRK, gegründet. Daraus ist eine weltweite Bewegung entstanden. Dank ihrem humanitären Geist lindern heute selbstlose Helfer Leid überall auf der Erde.

Die humanitäre Arbeit des IKRK beruht auf den Grundsätzen der Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der humanitären Aktion. In der Not werden alle Opfer von Konflikten gleich behandelt. Allen wird geholfen. Jeder Mensch ist gleich viel wert.

Neben der humanitären Tradition, welche die Schweiz mit dem IKRK verbindet, ist mein Land stolz auf eine weitere Tradition, die Jahrhunderte zurückreicht: Die Neutralität. Ich darf daran erinnern, dass die Aussenpolitik der Schweiz seit hunderten von Jahren dem fried-

lichen Zusammenleben verpflichtet ist. Wir pflegen die Beziehungen zu allen. Dank der Neutralität sind wir nie Partei, sondern immer ehrliche Vermittler oder Helfer.

Unsere Neutralität unterstreichen wir auch mit unseren Guten Diensten. Das humanitäre Engagement ist Teil unserer Geschichte. Es ehrt uns, wenn wir unseren neutralen Boden für Friedensgespräche zur Verfügung stellen können. Und wir setzen auch weiterhin alles daran, um mit unseren Guten Diensten einen Beitrag zum Frieden auf dieser Welt zu leisten.

Dieses unparteiische Engagement beruht auf unserer Überzeugung, dass Menschen und Länder verschieden sind, dass sie verschieden sein dürfen und sollen. Und dass sie gleichberechtigt sind. Dazu gehört auch der Schutz der Menschenrechte. Diese sind Ausdruck völkerrechtlicher Verpflichtungen. Die Schweiz ist besorgt über die verbreiteten Gewaltexzesse und Menschenrechtsverletzungen. Sie ruft alle staatlichen und zivilen Akteure zum Verzicht auf Gewalt auf.

Im Nahen Osten bringen heute gewaltsame Konflikte zu viel Leid für zu viele Menschen. In Syrien ist die humanitäre Lage inzwischen so dramatisch, dass sie von humanitären Organisationen nicht mehr zu bewältigen ist. Die schweren und systematischen Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht dürfen unter keinen Umständen toleriert werden.

Diese Verbrechen dürfen nicht ungeahndet bleiben, egal von welcher Seite sie begangen werden. Aus diesem Grund hat mein Land bereits im Januar dieses Jahres gemeinsam mit 57 gleichgesinnten Staaten den Sicherheitsrat dazu aufgefordert, die Situation in Syrien an den Internationalen Strafgerichtshof zu überweisen.

Der Einsatz von Chemiewaffen ist ein abscheuliches Verbrechen. Es ist wichtig, dass die relevanten Fakten und Sachverhalte ermittelt werden. Vor diesem Hintergrund begrüsst die Schweiz die jüngsten Entwicklungen. Der Gewalt in Syrien muss unverzüglich Einhalt geboten werden, um die Zivilbevölkerung vor neuem Leid zu schützen.

Ich appelliere also an die ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, ihre Divergenzen zu überwinden, so dass endlich eine gemeinsame Basis für eine politische Lösung des Konflikts in Syrien gefunden werden kann. Ich weise auf die Notwendigkeit hin, nichts unversucht zu lassen, damit möglichst rasch die in Genf vorgesehene Konferenz stattfinden kann. Eine solche Konferenz muss zu einer dauerhaften Verhandlungslösung führen, die den legitimen Anliegen des gesamten syrischen Volks entspricht.

Gleichberechtigung von Menschen und Ländern

Nicht nur die Schweiz ist dem Grundsatz der Gleichberechtigung verpflichtet. Die UNO gibt ihm mit ihrer Charta weltweite Gültigkeit. In der Präambel wird der Glaube an «die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau» bekräftigt.

Und was für uns alle als Menschen gilt, gilt auch für unsere Länder. Darum wird in der Charta noch im selben Satz nach den Grundrechten der Menschen auch die Gleichberechtigung aller Nationen genannt – ausdrücklich heisst es: «ob gross oder klein».

Die Vereinten Nationen setzen sich nach Artikel 1 Ziffer 2 der Charta unter anderem zum



Ziel, «freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln».

Und in Artikel 2 Ziffer 1 der Charta heisst es: «Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.»

Ich bin der Überzeugung, dass diese Grundsätze eine hoffnungsvolle Grundlage sind für das friedliche Zusammenleben aller Menschen und Völker auf dieser Welt.

Aber sind wir uns dessen noch genügend bewusst? Oder verlieren wir uns nicht zu stark in grossen Fantasien und kleinen Details? Mir scheint, die internationale Politik spricht zu viel darüber, wie es sein müsste. Und zu wenig darüber, wie es ist.

Ich werde den Eindruck nicht los, dass eine überhand nehmende Bürokratie eine zunehmend isolierte Parallelwelt entwirft. Letztlich bringt diese immer mehr Kosten und weniger konkrete Resultate.

Für globale Probleme braucht es nicht nur globale Diskussionen, sondern gemeinsame Lösungen. Die UNO sollte der Ort dafür sein. Um dieser Rolle gerecht zu werden, muss sie effizient, innovativ und handlungsfähig sein. So kann die UNO die Gleichberechtigung von Menschen und Ländern vorantreiben. Die Schweiz ist gewillt, ihren Beitrag zu leisten.

Rückfall in die Machtpolitik?

Ich rede von Entwicklungen, die unsere gemeinsamen Werte berühren, wie sie in der Charta festgehalten sind. Ich möchte sie hier ansprechen und zur Diskussion bringen. Denn ich bin hierhergekommen, weil ich besorgt bin.

Als Vertreter eines neutralen Staates mit langer humanitärer Tradition beobachte ich mit Sorge eine Rückkehr zur Machtpolitik. Mir fällt auf, dass grosse Staaten wieder mehr auf Macht und Stärke setzen. Sie akzeptieren die kleineren immer weniger als ebenbürtige Partner.

Ich muss hoffen, dass diese Entwicklung wieder korrigiert wird. Die grundlegenden Werte der Charta, die die Staatengemeinschaft verbindet und der sie sich verpflichtet fühlt, sind ansonsten in Frage gestellt.

Die Tendenz zur internationalen Machtpolitik beunruhigt mich. Denn wir glauben doch alle daran, dass die verschiedenen Länder ihren Weg frei wählen sollen; in gegenseitiger Rücksicht und mit Respekt für die Regeln des friedlichen Zusammenlebens der Völker, aber so, wie es ihren Eigenheiten entspricht. Wir glauben an den friedlichen Wettbewerb der Volkswirtschaften. Wir glauben an die Vielfalt dieser Welt; an die friedliche Vielfalt souveräner Staaten, die einander als gleichwertige, faire Partner begegnen.

Die Völker geben sich ihre eigene Verfassung. Ihre eigene Wirtschaftsordnung. Ihre eigene Rechtsordnung. Kein Land stellt sein Recht über das Recht anderer Länder. Probleme werden nicht durch Diktat, sondern durch Verhandlungen gelöst. Gemeinsame Normen und Regeln, das Völkerrecht, sind die Grundlage dafür, dass nicht einfach das Recht des Stärkeren gilt. So bringen uns Souveränität und Gleichberechtigung Frieden, Stabilität und freundschaftliche Beziehungen zwischen allen Völkern.

Das sind die Überzeugungen, aus welchen die Charta der Vereinten Nationen entstanden ist. Teilen wir heute diese Überzeugungen noch?

Welche Zukunft wählen wir?

In letzter Zeit hat mich der Umgang zwischen

den grossen Ländern mit den kleinen verunsichert, weil oft Macht vor Recht steht.

Die UNO ist in den verschiedensten Bereichen aktiv. Da besteht die Gefahr, dass sie sich verzettelt und den Fokus verliert. Die UNO, aber auch wir, ihre Mitgliedstaaten, scheinen mir oft ratlos, wenn es um die Grundsätze geht, deren willen die Vereinten Nationen gegründet wurden.

Vergessen wir nie, was hinter diesen Grundsätzen der Gleichheit der Menschen und der Gleichberechtigung und Souveränität der Staaten steht. Sie sind die Erkenntnisse aus der Geschichte. Aus einer leidvollen Geschichte von Unterdrückung, Fremdbestimmung und Konflikten.

Zusammen müssen wir entscheiden, welchen Weg in die Zukunft wir einschlagen: Kümern wir uns fortan vor allem um thematische Nebenschauplätze? Das wäre eine verpasste Chance!

Ich bin der Meinung, wir sollten uns hier und jetzt einen Ruck geben: Machen wir uns gemeinsam daran, die Werte der Vereinten Nationen umzusetzen!

Engagieren wir uns für eine friedliche Welt, in der Menschen und Länder gleichberechtigt und gleichwertig sind, in der Recht vor Macht kommt.

Es liegt an uns, an uns allen hier in diesem Saal, ob wir dieses Ziel erreichen - leisten wir einen Effort! Beginnen wir jetzt!

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

